

Schriften zum Europäischen Recht

Band 215

**Gegenseitiges Vertrauen als
Rechtsprinzip des Unionsrechts**

Von

Annchristin Streuber



Duncker & Humblot · Berlin

ANNCHRISTIN STREUBER

Gegenseitiges Vertrauen als Rechtsprinzip des Unionsrechts

Schriften zum Europäischen Recht

Herausgegeben von

Siegfried Magiera · Detlef Merten
Matthias Niedobitek · Karl-Peter Sommermann

Band 215

Gegenseitiges Vertrauen als Rechtsprinzip des Unionsrechts

Von

Annchristin Streuber



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.
hat diese Arbeit im Jahr 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2024 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0937-6305

ISBN 978-3-428-19041-6 (Print)

ISBN 978-3-428-59041-4 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die Arbeit wurde im Mai 2023 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im September 2022 fertiggestellt. Für die Drucklegung wurde es aktualisiert und auf den Stand von Mitte Mai 2023 gebracht. Dabei wurden insbesondere die zwischenzeitlich erschienene Dissertation von Kristina Müller, „Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens im Mehrebenensystem der Europäischen Union“ zum gegenseitigen Vertrauen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache *Puig Gordi u. a.* (C-158/21) berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Jan Henrik Klement. Seine Förderung und Ermutigung haben meiner akademischen Entwicklung und der Entstehung dieser Arbeit den Weg geebnet. Herzlich danken möchte ich auch Frau Prof. Dr. Paulina Starski für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die wertvollen Anregungen für die Drucklegung.

Den Herausgebern der Reihe „Schriften zum Europäischen Recht“, Herrn Prof. Dr. Siegfried Magiera, M.A., Herrn Prof. Dr. Dr. Detlef Merten, Herrn Prof. Dr. Matthias Niedobitek und Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Reihe.

Mein herzlicher Dank gilt außerdem der Johanna und Fritz Buch Gedächtnisstiftung und der Wissenschaftlichen Gesellschaft Freiburg im Breisgau, die die Veröffentlichung dieses Werks durch großzügige Druckkostenzuschüsse unterstützt haben.

Ebenso bedanken möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl von Professor Klement in Mannheim, die zur Entstehung dieser Arbeit auf verschiedene Weise beigetragen haben. Für den wissenschaftlichen Austausch, die Unterstützung bei der Literaturbeschaffung und nicht zuletzt die notwendige Ablenkung bin ich sehr dankbar.

Mein größter Dank gilt schließlich meinem Mann für seinen fortwährenden Zuspruch, seinen Optimismus und die vorbehaltlose Unterstützung während der Anfertigung dieser Arbeit.

Stuttgart, im Juni 2022

Annchristin Streuber

Inhaltsübersicht

	Einleitung	29
§ 1	Gegenstand der Untersuchung	29
§ 2	Begriffsbestimmung	32
	A. Vertrauensbegriffe	32
	B. Der Arbeit zugrundeliegender Vertrauensbegriff	36
§ 3	Gang der Darstellung	37

1. Kapitel

	Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens in der Rechtsprechung des EuGH	40
§ 1	Referenzgebiete	40
	A. Binnenmarkt	40
	B. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	45
	C. Weitere relevante Referenzgebiete	70
	D. Zwischenergebnis	77
§ 2	Systematisierung: Anwendungsbereich und rechtliche Wirkungen	78
	A. Sachlicher Anwendungsbereich	81
	B. Regelungsgehalt	84
	C. Weitere normative Wirkungen	96
	D. Verpflichtete	116
§ 3	Rechtspolitische Dimension: Der Vertrauensgrundsatz als Integrationsprinzip	122
	A. Ziel: Schaffung eines europäischen Raums ohne Binnengrenzen	122
	B. Ermöglichung fortbestehender Pluralität der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen (Einheit in Vielfalt)	123
	C. (Vermeintlicher) Erhalt staatlicher Souveränität	126
	D. Föderale Dimension des Vertrauensgrundsatzes	128

2. Kapitel

	Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Rechtsprinzip des Unionsrechts	131
§ 1	Hinführung und Fragestellung	131
§ 2	Normative Verankerung des Vertrauensgrundsatzes	133
	A. Ausgangspunkt	133
	B. Ansätze	135
	C. Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Ausfluss loyaler Zusammenarbeit auf Basis gemeinsamer europäischer Werte (Art. 4 Abs. 3 i. V. m. Art. 2 EUV) ...	149
§ 3	Rechtsnatur des Vertrauensgrundsatzes	157
	A. Diskussionsstand	157
	B. Einordnung des Vertrauensgrundsatzes	159
§ 4	Fazit und Folgen der Einordnung für Zweifelsfragen	169
	A. Bindung des Sekundärrechtsgebers	169
	B. Erforderlicher Bezug zum Unionsrecht	171

3. Kapitel

	Grenzen der Legalitätsvermutung	174
§ 1	Hinführung und Fragestellung	174
§ 2	Grundrechtliche Grenzen der Legalitätsvermutung	176
	A. Problemstellung	176
	B. Entwicklung in der Rechtsprechung des EuGH	178
	C. Entwicklung allgemeiner Grundsätze	215
§ 3	Weitere Ausnahmetatbestände	252
	A. Entwicklung in der Rechtsprechung des EuGH	252
	B. Entwicklung allgemeiner Grundsätze	257

4. Kapitel

	Effektuiierung des Vertrauensgrundsatzes in der Krise	259
§ 1	Hinführung und Fragestellung	259
§ 2	Der Vertrauensgrundsatz in der Krise	260
	A. Die Polykrise der Union	260
	B. Auswirkungen auf die Anwendung des Vertrauensgrundsatzes	267

§ 3 Effektuierung vertrauensbasierter Zusammenarbeit	276
A. Absicherung der Grundlagen des gegenseitigen Vertrauens (Verfassungsaufsicht)	277
B. Maßnahmen der positiven Integration	313
C. Ausgestaltung der sekundärrechtlichen Anerkennungsinstrumente	321
D. Abschlussbetrachtung	326
Zusammenfassung in Thesen	327
Literaturverzeichnis	332
Sachwortverzeichnis	362

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
§ 1 Gegenstand der Untersuchung	29
§ 2 Begriffsbestimmung	32
A. Vertrauensbegriffe	32
I. Gegenseitiges Vertrauen als außerrechtliches Phänomen	32
II. Gegenseitiges Vertrauen als Grundsatz mit normativem Gehalt	34
III. Gegenseitiges Vertrauen als hybrides Konzept	35
B. Der Arbeit zugrundeliegender Vertrauensbegriff	36
§ 3 Gang der Darstellung	37

1. Kapitel

Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens in der Rechtsprechung des EuGH	40
§ 1 Referenzgebiete	40
A. Binnenmarkt	40
I. Frühe Ansätze	40
II. Konkretisierung in neuerer Zeit	43
1. Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen	43
2. Europäisches Sozialversicherungsrecht	44
B. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	45
I. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	46
1. Zivil- und Handelssachen	47
a) Regelungen zur Zuständigkeit	47
b) Anerkennung und Vollstreckung mitgliedstaatlicher Entscheidungen	48
c) Weitere Auslegungsfragen	49
2. Ehesachen und Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung	50
a) Regelungen zur Zuständigkeit	50
b) Anerkennung und Vollstreckung	51
c) Weitere Auslegungsfragen	53
3. Europäisches Insolvenzrecht	53

4. Erbrecht	54
II. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	55
1. Doppelbestrafungsverbot nach Art. 54 SDÜ	55
2. Rahmenbeschluss über den europäischen Haftbefehl	57
a) Gründe für eine Ablehnung der Vollstreckung	58
b) Anforderungen an die ausstellende und vollstreckende Justiz-	
behörde	61
c) Erfordernis einer gesonderten nationalen justiziellen Entscheidung	
und gerichtlichen Rechtsschutzes im Ursprungsmitgliedstaat	62
d) Weitere Auslegungsfragen	63
3. Weitere Instrumente	64
III. Gemeinsames Europäisches Asylsystem	66
1. Dublin-System	67
2. Asylverfahrensrichtlinie	69
C. Weitere relevante Referenzgebiete	70
I. Völkerrechtliche Streitbeilegungsmechanismen und Investor-Staat-Schieds-	
vereinbarungen	71
1. Beitritt zur EMRK (Gutachten 2/13)	71
2. Investitionsschutzverträge zwischen EU-Mitgliedstaaten (Intra-EU-BITs)	
73	
II. Anforderungen an die Qualität des Rechtsschutzes in den Mitgliedstaaten	
75	
III. Recht auf Freizügigkeit (Art. 21 AEUV)	76
D. Zwischenergebnis	77
§ 2 Systematisierung: Anwendungsbereich und rechtliche Wirkungen	78
A. Sachlicher Anwendungsbereich	81
I. Keine Beschränkung auf bestimmte Sachbereiche	81
II. Geltung im Verhältnis zu Mitgliedstaaten und privilegierten Drittstaaten ..	
81	
III. (Keine strenge) Akzessorietät des Vertrauensgrundsatzes	82
B. Regelungsgehalt	84
I. Pflicht zur Vermutung (unions-)rechtskonformen Handelns (Legalitäts-	
vermutung)	85
1. Reichweite der Vermutung	86
a) Wahrung des Unionsrechts	86
b) Gleichwertigkeit der mitgliedstaatlichen Rechtspflege und Rechts-	
systeme	88
aa) Gleichwertigkeit nationaler Rechtsordnungen	89
bb) Wahrung nationalen Rechts	90
c) Wahrung völkerrechtlicher Verpflichtungen	91
2. Gegenstand der Vermutung	92

3. Folge: Pflicht zum gegenseitigen Kontrollverzicht	93
II. Verbot, die horizontale Zusammenarbeit an die Einhaltung weitergehender nationaler Standards zu knüpfen	94
C. Weitere normative Wirkungen	96
I. Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Grundlage gegenseitiger Anerkennung	96
1. Seitenblick: Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung	96
2. Verhältnis von gegenseitiger Anerkennung und gegenseitigem Vertrauen	97
a) Diskussionsstand	98
b) Eigene Betrachtung	100
II. Auslegungssteuerung	102
1. Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Auslegungsgrundsatz ..	102
2. Wiederkehrende Auslegungsmaximen	104
a) Ablehnung der gegenseitigen Anerkennung nur unter engen Voraussetzungen	104
b) Vermutung für eine bestimmte Verantwortungsteilung	105
c) Subsidiarität des Rechtsschutzes im Anerkennungsstaat	106
d) Mindestanforderungen an die entscheidende Stelle im Ursprungsmitgliedstaat	107
aa) Begriff des „Gerichts“	108
bb) Begriff der „Justizbehörde“	108
cc) Aber: Kein aus dem Vertrauensgrundsatz folgendes allgemeines Unabhängigkeitserfordernis	109
III. Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Grundlage ungeschriebener (Kooperations-)Pflichten	111
1. Informations- und Berücksichtigungspflichten	111
2. Pflicht zu vertrauenswürdigem Verhalten	113
a) Prüf- und Begründungspflichten	113
b) Vermeidung von Ablehnungsfällen	114
IV. Privilegierung der Beziehungen der Mitgliedstaaten gegenüber Drittstaaten	115
D. Verpflichtete	116
I. Mitgliedstaaten	116
1. Sämtliche mitgliedstaatlichen Hoheitsträger	116
a) Exekutive und Judikative	117
b) Nationaler Gesetzgeber	117
2. Bezug zum Unionsrecht	118
II. Europäische Union	119
1. Bindung beim Abschluss völkerrechtlicher Abkommen	119

2. Bindung des unionalen Gesetzgebers	120
§ 3 Rechtspolitische Dimension: Der Vertrauensgrundsatz als Integrationsprinzip	122
A. Ziel: Schaffung eines europäischen Raums ohne Binnengrenzen	122
B. Ermöglichung fortbestehender Pluralität der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen (Einheit in Vielfalt)	123
C. (Vermeintlicher) Erhalt staatlicher Souveränität	126
D. Föderale Dimension des Vertrauensgrundsatzes	128

2. Kapitel

Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Rechtsprinzip des Unionsrechts	131
§ 1 Hinführung und Fragestellung	131
§ 2 Normative Verankerung des Vertrauensgrundsatzes	133
A. Ausgangspunkt	133
B. Ansätze	135
I. Ableitung aus Sekundärrechtsakten	136
II. Ableitung aus den Art. 67, 81 f. AEUV	137
III. Art. 4 Abs. 2 EUV als Grundlage des Vertrauensgrundsatzes	138
IV. Herleitung aus Art. 2 EUV	140
V. Ableitung aus Art. 2 i. V. m. Art. 3 EUV	143
VI. Gegenseitiges Vertrauen als funktionales Konstruktionsprinzip des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	144
VII. Verankerung im Loyalitätsgrundsatz (Art. 4 Abs. 3 EUV)	145
VIII. Ableitung aus dem Prinzip der Solidarität	147
IX. Zwischenfazit	149
C. Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Ausfluss loyaler Zusammenarbeit auf Basis gemeinsamer europäischer Werte (Art. 4 Abs. 3 i. V. m. Art. 2 EUV) ...	149
I. Ausgangspunkt: Der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit	149
II. Art. 2 EUV als Geschäftsgrundlage des Vertrauensgrundsatzes	152
III. Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Unterprinzip des Grund- satzes der loyalen Zusammenarbeit	155
§ 3 Rechtsnatur des Vertrauensgrundsatzes	157
A. Diskussionsstand	157
B. Einordnung des Vertrauensgrundsatzes	159
I. Vorbemerkung	159
II. Grundlegung: Europäische Prinzipienordnung	160

1. Begriff	160
a) Funktion von Prinzipien in der Unionsrechtsordnung	160
aa) Auslegungsfunktion	161
bb) Lückenfüllungsfunktion	161
cc) (Rechtmäßigkeits-)Maßstab für den Gesetzgeber	162
b) Abgrenzungen	163
2. Kategorisierung der Prinzipien	165
III. Qualifikation des Vertrauensgrundsatzes als verbundmoderierendes Prinzip	167
§ 4 Fazit und Folgen der Einordnung für Zweifelsfragen	169
A. Bindung des Sekundärrechtsgebers	169
B. Erforderlicher Bezug zum Unionsrecht	171

3. Kapitel

Grenzen der Legalitätsvermutung	174
§ 1 Hinführung und Fragestellung	174
§ 2 Grundrechtliche Grenzen der Legalitätsvermutung	176
A. Problemstellung	176
B. Entwicklung in der Rechtsprechung des EuGH	178
I. Zunächst: Restriktive Haltung des EuGH	179
1. Referenzgebiet: Ehesachen und Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung (Brüssel IIa-VO)	179
2. Referenzgebiet: Rahmenbeschluss über den europäischen Haftbefehl	180
II. Herausbildung von grundrechtlichen Ausnahmen in den einzelnen Referenzgebieten	183
1. Gemeinsames Europäisches Asylsystem	183
a) Auftakt: Die Entscheidung <i>N. S. u. a.</i>	183
b) Nachfolgend: Bestätigung und Konkretisierung der Grundsätze der <i>N. S.</i> -Entscheidung	186
aa) Betonung des Erfordernisses systemischer Defizite	186
bb) Erstreckung der Prüfung auf den Zeitraum nach der Zuerkennung internationalen Schutzes	187
cc) Übertragung auf die Asylverfahrens-RL	188
c) Kein (klarer) Verzicht auf das Erfordernis systemischer Defizite	189
d) Keine Ausnahme von der Legalitätsvermutung bei systematischer Verweigerung des Flüchtlingsstatus	192
e) Zwischenergebnis	193

2. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	194
a) Ausnahmen von der Vermutung der gegenseitigen Grundrechtswahrung wegen unmenschlicher und erniedrigender Haftbedingungen im Ausstellungsstaat	195
aa) Übertragung der <i>N. S.</i> -Rechtsprechung: <i>Aranyosi und Căldăraru</i>	195
bb) Bestätigung und Konkretisierung der <i>Aranyosi</i> -Rechtsprechung	197
b) Rechtsstaatspezifische Grenzen der Legalitätsvermutung	198
aa) Leitentscheidung: <i>LM</i>	198
bb) Nachfolgend: Festhalten am Erfordernis der Einzelfallprüfung	201
cc) Übertragung auf Fälle einer (drohenden) Verletzung des Rechts auf Zugang zu einem zuvor durch Gesetz errichteten Gericht	204
dd) Explizites Festhalten am Erfordernis systemischer Mängel	205
c) Zwischenergebnis	207
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	207
4. Binnenmarkt	209
a) Grundfreiheiten	209
b) Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen	210
III. Zwischenfazit	212
C. Entwicklung allgemeiner Grundsätze	215
I. Ausgangspunkt	216
II. Grundrechtliche Mindeststandards der horizontalen Kooperation	219
1. Anknüpfung an die Unionsgrundrechte	219
2. Anknüpfung an die Garantien der EMRK	222
3. Anknüpfung an die Werte des Art. 2 EUV	223
a) Bestimmung des grundrechtlichen Mindeststandards anhand von Art. 2 EUV	223
aa) Menschenrechtliche Garantien des Art. 2 EUV als Geschäftsgrundlage des horizontalen Solange-Vorbehalts	223
bb) Justiziabilität der europäischen Werte	225
cc) Keine Umgehung der Kompetenzordnung der Verträge	227
b) Konkretisierung der grundrechtlichen Grenzen nach Art. 2 EUV	229
aa) Vorbemerkung: Beschränkung auf <i>Essentialia</i>	229
bb) Achtung der Menschenwürde	230
cc) Wahrung der Menschenrechte	231
dd) Rechtsstaatlichkeit	233
ee) Freiheit und Gleichheit	235
4. Zwischenergebnis	236
III. Schwelle für die Suspendierung des Solange-Vorbehalts	236

1. Erfordernis systemischer Mängel	237
2. Begriff der systemischen Mängel	239
3. Erfordernis der Rechtswegerschöpfung im primär verantwortlichen Mitgliedstaat	242
IV. Folgen bei Widerlegung der horizontalen Solange-Vermutung	243
1. Ausgangspunkt	243
2. Eckpunkte zur Grundrechtsprüfung im Einzelfall	244
a) Betroffenheit der Grundrechte in ihrer abwehrrechtlichen Funktion	244
b) Schutzbereich	246
c) Eingriff	247
d) Rechtfertigung	248
V. Sonderfall: Beschlüsse nach Art. 7 EUV	249
VI. Ergebnis	252
§ 3 Weitere Ausnahmetatbestände	252
A. Entwicklung in der Rechtsprechung des EuGH	252
I. Europäisches Sozialversicherungsrecht	253
II. Bevorstehender Austritt eines Mitgliedstaats	255
III. Zwischenfazit	256
B. Entwicklung allgemeiner Grundsätze	257

4. Kapitel

Effektuierung des Vertrauensgrundsatzes in der Krise 259

§ 1 Hinführung und Fragestellung	259
§ 2 Der Vertrauensgrundsatz in der Krise	260
A. Die Polykrise der Union	260
I. Begriff	260
II. Für die Anwendung des Vertrauensgrundsatzes relevante Problemfelder ..	260
1. Migrationskrise	261
2. Rechtsstaatlichkeitskrise	262
3. Prekäre menschenrechtliche Zustände	266
4. Brexit	267
B. Auswirkungen auf die Anwendung des Vertrauensgrundsatzes	267
I. Praktische Auswirkungen in ausgewählten Referenzgebieten	268
1. Gemeinsames Europäisches Asylsystem	268
2. Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl	270

a)	Ablehnung der Vollstreckung wegen systemischer menschen- und rechtsstaatlicher Defizite	270
b)	Defizite bei der Umsetzung des Rahmenbeschlusses	271
c)	Notvorbehalte nationaler Verfassungs- und Höchstgerichte	272
II.	Systematisierung der Beobachtungen	274
1.	Umsetzungs- und Vollzugsdefizite	274
2.	Fragmentierung des europäischen Rechtsraums	275
III.	Ergebnis	276
§ 3	Effektuierung vertrauensbasierter Zusammenarbeit	276
A.	Absicherung der Grundlagen des gegenseitigen Vertrauens (Verfassungsaufsicht)	277
I.	Ausgangspunkt	277
II.	Das Verfahren nach Art. 7 EUV	278
1.	Grundzüge	278
2.	Bewertung der Wirksamkeit	280
3.	Ergänzung durch den EU-Rahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit	282
4.	Ergänzung durch eine sog. Kopenhagen-Kommission?	285
III.	Das Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 ff. AEUV)	286
1.	Einsatz des Vertragsverletzungsverfahrens zur Sicherung der gemeinsamen Werte	286
a)	Grundzüge	286
b)	Vertragsverletzungsverfahren wegen Verletzung von Art. 2 EUV?	288
c)	Durchsetzung klagestattgebender Entscheidungen	291
2.	Einstweilige Anordnungen (Art. 279 AEUV)	292
3.	Bewertung der Wirksamkeit	294
IV.	Exkurs: Das Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	295
1.	Das Vorabentscheidungsverfahren als Mittel zur Sicherung der gemeinsamen Werte	295
2.	Bewertung der Wirksamkeit	299
V.	Der Konditionalitätsmechanismus (VO [EU] 2020/2092)	300
1.	Grundzüge des Mechanismus	301
2.	Bestätigung des Mechanismus durch den EuGH	302
3.	Bewertung der Wirksamkeit	304
VI.	Monitoring-Instrumente	306
1.	EU-Justizbarometer	306
2.	Rechtsstaatsmechanismus	306
3.	Bewertung der Wirksamkeit	308
VII.	Ausschluss von Mitgliedstaaten	309
VIII.	Fazit	312

B. Maßnahmen der positiven Integration	313
I. Stärkere Harmonisierung nationaler Rechtsordnungen	313
1. Grundzüge	313
2. Widerspruch zum integrationspolitischen Konzept des gegenseitigen Vertrauens?	316
3. Bewertung und Fazit	318
II. Außerrechtliche Maßnahmen	319
C. Ausgestaltung der sekundärrechtlichen Anerkennungsinstrumente	321
I. Ausgangspunkt	321
II. Legislative Stellschrauben	321
1. Kodifizierung von Ausnahmetatbeständen	321
2. Aufklärungs- und Abhilfeverfahren	322
3. Aussetzungsverfahren	323
III. Fazit	325
D. Abschlussbetrachtung	326
Zusammenfassung in Thesen	327
Literaturverzeichnis	332
Sachwortverzeichnis	362

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFSJ	Area of Freedom, Security and Justice
allg.	allgemeine
Anerkennungs-RL	Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung), ABl. EU 2011 L 337/9.
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Aufnahme-RL	Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung), ABl. EU 2013 L 180/96.
Asylverfahrens-RL 2013	Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes, ABl. EU 2013 L 180/60.
Asylverfahrens-RL 2005	Richtlinie 2005/85/EG des Rates vom 1. Dezember 2005 über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft, ABl. EU 2005 L 326/13.
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGH	Bundesgerichtshof
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. EG 2001 L 12/1.
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. EU 2012 L 351/1.

Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, ABl. EU 2003 L 338/1.
Brüssel IIb-VO	Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen, ABl. EU 2019 L 178/1.
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CMLR	Common Market Law Review
CYELS	Cambridge Yearbook of European Legal Studies
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
d. h.	das heißt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Dubliner- Übereinkommen	Übereinkommen über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrags, ABl. EG 1997 C 254/1.
Dublin II-VO	Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist, ABl. EU 2003 L 50/1.
Dublin III-VO	Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist, ABl. EU 2013 L 180/31.
duE	Il Diritto dell'Unione Europea
DVBf.	Deutsches Verwaltungsblatt
E-Commerce-RL	Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABl. EU 2000 L 178/1.
ECV	Vertrag über die Energiecharta
EEA	Europäische Ermittlungsanordnung
EG	Europäische Gemeinschaft

EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
ErwG	Erwägungsgrund
EU	Europäische Union
EuCLR	European Criminal Law Review
EuConst	European Constitutional Law Review
eucrim	European Criminal Law and Human Rights
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABl. EU 2012 L 201/107.
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Übereinkommen von Brüssel von 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. EG 1972 L 299/32.
EUInsVO 2000	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren, ABl. EG 2000 L 160/1.
EUInsVO 2015	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren, ABl. EU 2015 L 141/19.
EuR	Europarecht
Eur. Law J.	European Law Journal
Eur. J. Legal Stud.	European Journal of Legal Studies
Eur. Law Rev.	European Law Review
Eur. Papers	European Papers
EuSchutzMVO	Verordnung (EU) Nr. 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen, ABl. EU 2013 L 181/4.
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, ABl. EU 2004 L 143/15.
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende (auf der nächsten Seite/in der nächsten Randnummer)
ff.	folgende (auf den nächsten Seiten/in den nächsten Randnummern)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt

GATS	Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GEAS	Gemeinsames Europäisches Asylsystem
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz
ggfs.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
Goldammer's Archiv	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRCh	Grundrechtecharta
GS	Gedächtnisschrift
Hague J. Rule of Law	Hague Journal on the Rule of Law
Hb.	Handbuch
Hb. d. StR	Handbuch des Staatsrechts
Hb. VerwR	Handbuch des Verwaltungsrechts
Herv.	Hervorhebung
HFR	Humboldt Forum Recht
HRLRev	Human Rights Law Review
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i. S. d.	im Sinne der
i. S. v.	im Sinne von
J. Eur. Publ. Pol.	Journal of European Public Policy
JA	Juristische Arbeitsblätter
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
lit.	littera
Ls.	Leitsatz
m. w. N	mit weiteren Nachweisen
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
NILR	Netherlands International Law Review
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJECL	New Journal of European Criminal Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nordic Journ. Hum. Rights	Nordic Journal of Human Rights
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
Qualifikations-RL	Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit

	Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung), ABl. EU 2011 L 337/9.
RB	Rahmenbeschluss
RbEuHb	Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates vom 3. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten, ABl. EG 2002 L 109/1 in der Fassung des Rahmenbeschlusses 2009/299/JI des Rates vom 26. Februar 2009 zur Änderung der Rahmenbeschlüsse 2002/584/JI, 2005/214/JI, 2006/783/JI, 2008/909/JI und 2008/947/JI, zur Stärkung der Verfahrensrechte von Personen und zur Förderung der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen, die im Anschluss an eine Verhandlung ergangen sind, zu der die betroffene Person nicht erschienen ist, ABl. EU 2009 L 81/24.
RB 2008/978/JI	Rahmenbeschluss 2008/978/JI vom 18. Dezember 2008 über die Europäische Beweisordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen, ABl. EU 2008 L 350/72.
RB 2008/909/JI über die gegenseitige Anerkennung von Urteilen in Strafsachen	Rahmenbeschluss 2008/909/JI des Rates vom 27. November 2008 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union, EU ABl. 2008 L 327/27.
RB 2008/675/JI zur Berücksichtigung von in anderen Mitgliedstaaten ergangenen Verurteilungen	Rahmenbeschluss 2008/675/JI des Rates vom 24. Juli 2008 zur Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergangenen Verurteilungen in einem neuen Strafverfahren, ABl. EU 2008 L 220/32.
RB 2006/783/JI über die gegenseitige Anerkennung von Einziehungsentscheidungen	Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen, ABl. EU 2006 L 328/59.
RB 2005/214/JI über die gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen	Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen, ABl. EU 2005 L 76/16.
RB 2003/577/JI über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung	Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union, ABl. EU 2003 L 196/45.
REALaw	Review of European Administrative Law
RL (EU) 2016/1919	Richtlinie (EU) 2016/1919 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls, ABl. EU 2016 L 297/1.

RL (EU) 2016/800	Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, ABl. EU L 132/1.
RL (EU) 2016/343	Richtlinie (EU) 2016/343 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren, ABl. EU 2016 L 65/1.
RL 2014/41/EU	Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen, ABl. EU 2014 L 130/1.
RL 2013/48/EU	Richtlinie 2013/48/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs, ABl. EU 2013 L 294/1.
RL 2012/13/EU	Richtlinie 2012/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren, ABl. EU 2012 L 142/1.
RL 2010/64/EU	Richtlinie 2010/64/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren, ABl. EU 2009 L 146/1.
RL 2010/24/EU	RL 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstigen Maßnahmen, ABl. EU 2010 L 84/1.
RL 2009/43/EG über die Verbringung von Verteidigungsgütern	Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern, ABl. EU L 146/1.
RL 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt	Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. EU 2006 L 376/36.
RL 2002/8/EG	Richtlinie 2002/8/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Verbesserung des Zugangs zum Recht bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug durch Festlegung gemeinsamer Mindestvorschriften für die Prozesskostenhilfe in derartigen Streitsachen, ABl. EG 2003 L 26/41.
RL 2000/78/EG	Richtlinie 2000/78/EG vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. EU 2000 L 303/16.
RL 76/308/EWG	Richtlinie 76/308/EWG des Rates vom 15. März 1976 über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forde-

	rungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen (ABl. 1976, L 73, S. 18) in der durch die Richtlinie 2001/44/EG des Rates vom 15. Juni 2001) geänderter Fassung, ABl. EG 2001 L 175/17.
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
Rückführungs-RL	Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger, ABl. EU 2008 L 348/98.
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite
s.	siehe
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SDÜ	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 19. Juni 1990, ABl. EG 2000 L 239/19.
sog.	so genannte
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
s. u.	siehe unten
StV	Strafverteidiger
StraFo	Strafverteidiger Forum
u.	und
u. a.	unter anderem, und andere
UAbs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
v.	vom
Var.	Variante
Verf.	Verfasser
VerfBlog	Verfassungsblog
VerwR	Verwaltungsrecht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleich
VO	Verordnung
VO (EU) 2020/2092	Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union, ABl. EU 2020 L 433 I/1.
VO (EU) 2018/1805 über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen	Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen, ABl. EU 2018 L 303/1.

VO (EU) 2016/1191 zur Vereinfachung der Vorlage öffentlicher Urkunden	Verordnung (EU) 2016/1191 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 zur Förderung der Freizügigkeit von Bürgern durch die Vereinfachung der Anforderungen an die Vorlage bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der Europäischen Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012, ABl. EU 2016 L 200/1.
VO (EG) 987/2009	Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, ABl. EU L 284/1.
VO (EG) 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl. EU 2006 L 399/1.
VO (EG) 883/2004	Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, ABl. EU 2004 L 166/1.
VO (EWG) 574/72	Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, ABl. EG L 74/1.
VO (EWG) 1408/71	Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, ABl. EWG 1971 L 149/2.
Vorb. VVDStRL	Vorbemerkung Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YEL	Yearbook of European Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtswissenschaft
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einleitung

§ 1 Gegenstand der Untersuchung

„[Es] ist darauf hinzuweisen, dass der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten im Unionsrecht fundamentale Bedeutung hat, da er die Schaffung und Aufrechterhaltung eines Raums ohne Binnengrenzen ermöglicht. Dieser Grundsatz verlangt aber, namentlich in Bezug auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, von jedem Mitgliedstaat, dass er, abgesehen von außergewöhnlichen Umständen, davon ausgeht, dass alle anderen Mitgliedstaaten das Unionsrecht und insbesondere die dort anerkannten Grundrechte beachten“.¹

Mit diesen Ausführungen im Gutachten 2/13 zum EMRK-Beitritt aus dem Jahr 2014 hat der EuGH den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens endgültig in das Zentrum des europäischen Verfassungsrechts gerückt. War der Diskurs zum Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens zuvor auf einzelne Teilgebiete des Unionsrechts – insbesondere das Binnenmarktrecht und den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – konzentriert, deutet sich hier bereits an, was sich in der nachfolgenden Rechtsprechung bestätigen sollte: Der EuGH betrachtet den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als elementaren Rechtsgrundsatz des Primärrechts, den die Mitgliedstaaten „in allen unter das Unionsrecht fallenden Bereichen“ zu beachten haben.²

In den Europäischen Verträgen findet der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens keine explizite Erwähnung. Trotzdem hat der Gerichtshof dem Konzept des gegenseitigen Vertrauens in den letzten Jahren sukzessive normativen Gehalt verliehen und den Vertrauensgrundsatz als einen der zentralen Grundsätze des Unionsrechts etabliert.³ Auch in den Erwägungsgründen verschiedener Sekundärrechtsakte wird auf den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens Bezug genommen⁴ oder dessen Regelungsgehalt umschrieben.⁵ Dennoch sind wesentliche Fragen im Hinblick auf Anwendungsbereich, Inhalt, die theoretischen Grundlagen und die

¹ EuGH, Gutachten v. 18.12.2014 – 2/13, ECLI:EU:C:2014:2454 Rn. 191 – *EMRK-Beitritt II*.

² EuGH, Gutachten v. 30.04.2019 – 1/17, ECLI:EU:C:2019:341 Rn. 128 – *CETA*.

³ So auch *L. von Danwitz*, EuR 2020, 61 (61 ff.); *F. Meyer*, JZ 2016, 621.

⁴ ErWG 21 Brüssel IIa-VO; ErWG 3 VO (EU) 2016/1191 zur Vereinfachung der Vorlage öffentlicher Urkunden; ErWG 22 EUInsVO 2000; ErWG 65 EuInsVO 2015; ErWG 55 Brüssel IIb-VO.

⁵ ErWG 19 RL 2014/41/EU über die EEA; ErWG 34 VO (EU) 2018/1805 über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen.

Grenzen des Vertrauensgrundsatzes bisher weitgehend ungeklärt.⁶ Eine wesentliche Ursache hierfür ist, dass seine Entwicklung durch den EuGH naturgemäß fallorientiert, punktuell und wenig konzeptgeleitet erfolgt. Hinzu kommt, dass die wissenschaftliche Diskussion über den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens überwiegend getrennt nach Rechtsbereichen erfolgt.⁷ Die Forschungsgespräche zur Rolle des Vertrauensgrundsatzes in den einzelnen Bereichen⁸ stehen ohne hinreichende Verknüpfung nebeneinander. Eine sachbereichsübergreifende Betrachtung des Grundsatzes als ein das gesamte Unionsrecht durchdringendes Prinzip steht dagegen noch am Anfang.⁹ Der Fokus der Diskussion liegt zudem häufig lediglich auf den Grenzen des Grundsatzes oder dem (vermeintlichen) Fehlen einer tatsächlichen Grundlage für eine vertrauensbasierte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Union.¹⁰ Die vorliegende Arbeit setzt an den aufgezeigten Forschungslücken an und unternimmt den Versuch einer grundlegenden rechtsdogmatischen Klärung des Vertrauensgrundsatzes als allgemeines, einzelne Referenzgebiete überspannendes Rechtsprinzip des Unionsrechts. Untersucht werden Anwendungsbereich, Inhalt, Funktion, normative Verankerung, Rechtsnatur und Grenzen des vom EuGH entwickelten Vertrauensgrundsatzes mit dem Ziel, hierzu allgemeine, sachbereichsübergreifende Grundzüge herauszuarbeiten.

Angesichts der sich verschärfenden Rechtsstaatlichkeitskrise und anderer Krisenphänomene in der Union sieht sich die mitgliedstaatliche Zusammenarbeit auf der Grundlage des Vertrauensgrundsatzes in jüngerer Zeit mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die Etablierung des Grundsatzes durch den EuGH ist ange-

⁶ Dies konstatierend auch *Burchard*, Konstitutionalisierung, S. 470 f.; *Cambien*, 2 Eur. Papers 2017, 93 (94); *L. von Danwitz*, EuR 2020, 61 (61 f.); *Kaufhold*, in: W. Kahl/Ludwigs, Hb. VerwR Bd. 2, § 48 Rn. 6, 46; *Lühns*, Überstellungsschutz, S. 10; *Schwarz*, 24 Eur. Law J. 2018, 124.

⁷ Dies für das eng verwandte Prinzip der gegenseitigen Anerkennung feststellend *Kaufhold*, in: W. Kahl/Ludwigs, Hb. VerwR Bd. 2, § 48 Rn. 19.

⁸ Zum Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens im Binnenmarkt etwa *Cambien*, 2 Eur. Papers 2017, 93; *Kohler*, IPRax 2020, 405; zur justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen *Bartolini*, 56 CMLR 2019, 91; *Hazelhorst*, 65 NILR 2018, 103; *Kohler*, ZEuS 2016, 135; *Lenaerts*, in: FS Kohler, S. 287; *Storskrubb*, 20 CYELS 2018, 179; *Weller*, 35 NIPR 2017, 1; zum Europäischen Insolvenzrecht *Zipperer*, ZIP 2021, 231; zum EU-Emissionshandelssystem *Hartmann*, Europäisierung und Verbundvertrauen; zum GEAS *Lübbe*, NVwZ 2017, 674; *Anagnostaras*, 21 GLJ 2020, 1180; *Lühns*, Überstellungsschutz; zum Europäischen Strafrecht *Burchard*, Konstitutionalisierung; *F. Meyer*, EuR 2017, 163; *Ronsfeld*, Rechtshilfe, Anerkennung und Vertrauen; *Sicurella*, 9 NJECL 2018, 308; *Willems*, Mutual Trust in EU Criminal Law; zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts insgesamt *Eßlinger*, Gegenseitiges Vertrauen; *Kaufhold*, EuR 2021, 408; *Ladenburger*, ZEuS 2020, 373; *Lenaerts*, 54 CMLR 2017, 805; *Maiani/Migliorini*, 57 CMLR 2020, 7; *K. Müller*, Vertrauen im Mehrebenensystem; *Nettesheim*, EuZ 2018, 4; *Schwarz*, 24 Eur. Law J. 2018, 124; *Xanthopoulou*, Fundamental Rights and Mutual Trust in the AFSJ; zum Vertrauensgrundsatz und der Autonomie des Europäischen Rechtsschutzsystems *Centeno Huerta/Kuplewatzky*, 4 Eur. Papers 2019, 61; *Halberstam*, 16 GLJ 2015, 105.

⁹ Eine erste monographische, rechtsgebietsübergreifende Betrachtung bei *Kullak*, Vertrauen in Europa. S. im Übrigen auch *L. von Danwitz*, EuR 2020, 61; *Kaufhold*, in: W. Kahl/Ludwigs, Hb. VerwR Bd. 2, § 48.

¹⁰ *Willems*, 9 Eur. J. Leg. Stud. 2016, 211 (233).

sichts dieser Entwicklungen begleitet von wachsenden Zweifeln daran, ob die empirischen Grundlagen der von ihm normierten Erwartung noch gegeben sind. Diese Realität kann bei der wissenschaftlichen Betrachtung des Vertrauensgrundsatzes nicht ausgeblendet werden. Gegenstand der Untersuchung sind deshalb ferner die Auswirkungen der andauernden Polykrise¹¹ der Union auf die horizontale Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Es lässt sich insoweit eine Krise auch des Vertrauensgrundsatzes feststellen. In Anknüpfung an diese Diagnose werden Ansätze für eine Effektivierung der vertrauensbasierten Zusammenarbeit gesucht.

Die gewählte Forschungsperspektive nimmt primär das Unionsrecht in den Blick. Ob der Vertrauensgrundsatz in der gefundenen Ausprägung mit den Anforderungen des Grundgesetzes, der EMRK und insbesondere den dort normierten grund- und menschenrechtlichen Garantien vereinbar ist, ist nicht Gegenstand der Untersuchung. Zwar ist zuzugeben, dass der Vertrauensgrundsatz im Mehrebenensystem nicht isoliert gesehen werden kann.¹² Eine umfassende „Evaluation von außen“ kann aber erst dann sinnvoll erfolgen, wenn Gehalt und Grenzen des zu evaluierenden Rechtsgrundsatzes auf Unionsebene hinreichend herausgearbeitet sind. Nur letzteres ist Ziel dieser Arbeit. Daher werden das nationale Verfassungsrecht und die EMRK nur insoweit herangezogen, als sich im Abgleich des Vertrauensgrundsatzes mit grund- und menschenrechtsdogmatischen Ansätzen dieser Rechtsordnungen Rückschlüsse auf den originären Regelungsgehalt des Vertrauensgrundsatzes gewinnen lassen.

Gegenstand des Vertrauensgrundsatzes ist die horizontale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU.¹³ Außer Betracht bleiben vorliegend daher etwaige „vertikale Vertrauensverhältnisse“ zwischen den Mitgliedstaaten und Stellen der EU¹⁴ sowie mögliche vertrauensbasierte Kooperationen mit Drittstaaten¹⁵ und außereuropäischen Institutionen.

¹¹ Zum Begriff unten, → 4. Kapitel, § 2. A. I.

¹² *Eßlinger*, Gegenseitiges Vertrauen, S. 3.

¹³ *Franzius*, HFR 2010, 159 (173); *Lührs*, Überstellungsschutz, S. 83; vgl. EuGH, Gutachten v. 30. 04. 2019 – 1/17, ECLI:EU:C:2019:341 Rn. 129 – *CETA*; Urt. v. 29. 04. 2021 – C-665/20 PPU, ECLI:EU:C:2021:339 Rn. 55, 59 – X.

¹⁴ Für eine Übertragung des Grundsatzes des gegenseitigen Vertrauens auf das Verhältnis zwischen Union und Mitgliedstaaten *GA Sharpston*, Schlussanträge v. 22. 09. 2016 – C-599/14 P, ECLI:EU:C:2016:723 Rn. 62 f. – *Rat/LTE*; *von Bogdandy/Spieker*, EuR 2020, 301 (329 f.); für eine „analoge“ Übertragung auf das europäische Wettbewerbsnetz und die Zusammenarbeit zwischen der Kommission, den nationalen Wettbewerbsbehörden und den Gerichten der Mitgliedstaaten bei Anwendung der Art. 101 und 102 AEUV EuG, Urt. v. 09. 02. 2022 – T-791/19, ECLI:EU:T:2022:67 Rn. 83 ff. – *Sped-Pro/Europäische Kommission*. Der EuGH griff diese Ansätze bisher nicht auf.

¹⁵ Zum gegenseitigen Vertrauen als Grundlage und Auslegungsmaßstab für die im Assoziierungsabkommen mit dem damaligen Beitrittskandidaten Ungarn enthaltenen Zollbestimmungen EuGH, Urt. v. 09. 02. 2006 – C-23/04 bis C-25/04, ECLI:EU:C:2006:92 Rn. 21, 49 – *Sfakianaki*; zur Bedeutung gegenseitigen Vertrauens bei der Auslieferung in Drittstaaten *Mancano*, 40 YEL 2021, 475.